

ANTRAG

An den
Kärntner Landtag
Landhaushof
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 21.04.2022

Betreff: **Umdenken in der EU-Agrarpolitik einleiten**

Antragsteller: KO Mag. Darmann, 3. LPräs. Lobnig, LAbg. Linder, LAbg. Pirolt

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erwirken, dass sich diese auf Ebene der Europäischen Union dafür einsetzt, innerhalb der EU-Agrarstrategie einen Richtungswechsel einzuleiten. Ziel muss es sein, die bäuerliche Produktion innerhalb der EU derart zu steigern, damit die EU nicht vom Nahrungsmittelexporteur zum abhängigen Nahrungsmittelimporteur wird.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des gegenständlichen Antrages an den Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur vorgeschlagen.

BEGRÜNDUNG

Die Entwicklungen der vergangenen zwei Jahren haben den globalen Agrarmarkt in arge Bedrängnis gebracht. Der Krieg in der Ukraine, gestörte Lieferketten durch die Corona-Pandemie, massiv steigende Energiepreise sowie die Knappheit an essenziellen Produktionsmitteln wie Dünger bedrohen die Ernährungssicherheit – auch in Europa.

Es wäre daher dringend geboten, dass die EU reagiert und es zu einer Änderung der Agrarstrategie kommt, damit die Versorgung mit Lebensmitteln in Europa und darüber hinaus in von europäischen Lebensmittelexporten abhängigen Gebieten sichergestellt wird. Doch stattdessen geht die EU entgegengesetzte Wege und steuert auf eine massive Verringerung der europäischen Agrarproduktion zu.

Denn die Agrarstrategie der EU forciert massiv den Import von Agrarprodukten. Im vergangenen Jahr stiegen die Lebensmittelimporte in der EU um insgesamt 3,475 Milliarden Euro. Die größte Steigerung war bei Produkten aus Brasilien zu verzeichnen. Insgesamt stiegen die Importe um 1,4 Milliarden Euro oder 16 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Währenddessen müssen die heimischen Bauern durch neue EU-Regelungen mit dem Überleben kämpfen. Vor allem kleinere Betriebe, die nach wie vor die größte Gruppe an Agrarbetrieben in der EU stellen, sind die großen Verlierer der EU-Politik. Es ist wenig verwunderlich, dass dadurch die Preise für Lebensmittel in der EU ansteigen. Gleichzeitig gerät die EU damit immer mehr in Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten. Die neue EU-Strategie „Farm-to-Fork“ sieht vor, diesen katastrophalen Trend zu Lasten aller Europäer weiter zu beschleunigen.

Es muss dringend zu einem Umdenken in der EU-Agrarstrategie kommen. Dazu müssen taugliche Mittel ergriffen werden, um die bäuerliche Produktion innerhalb der EU zu steigern, damit die EU nicht vom Nahrungsmittelsexporteur zum abhängigen Nahrungsmittelimporteur wird. Außerdem ist eine klare Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Unterstützung der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe sowie auf die Unterstützung der Nahversorgung notwendig.